

DIE LINKE. HEDDERNHEIM NIEDERURSEL, Sprecher

Klaus D. Schulze
Sprecher
OGR8@hotmail.de
<http://www.die-linke-ffm.de/?id=69042>
Allerheiligentor 2-4,
60311 Frankfurt am Main

Personalmangel im Krankenhaus gefährdet Ihre Gesundheit.

Di, 13 Spt 2016

Personalmangel gefährdet Ihre Gesundheit!

Spätdienst auf einer Intensivstation. Melanie P. und Jürgen A. sind für sieben schwerkranke Patientinnen und Patienten verantwortlich. Für die Intensivpflege ist das viel zu wenig Personal. Am Ende der Schicht füllt Melanie P. eine Überlastungsanzeige aus. Sie dokumentiert darin, was ihr Kollege und sie in der unterbesetzten Schicht nicht oder nur unzureichend erledigen konnten. Wenn Personal fehlt, kommen wesentliche pflegerische Tätigkeiten wie Körperpflege und Umlagerungen der Kranken genauso zu kurz wie die termingenaue Verabreichung von Medikamenten oder die notwendige Händedesinfektion. Man spricht in solchen Situationen von "gefährlicher Pflege". Die Gesundheit der Beschäftigten wird dadurch genauso gefährdet wie die der Patientinnen und Patienten. Personalmangel ist Alltag im Krankenhaus. Für eine gute und sichere Versorgung fehlen in deutschen Krankenhäusern mindestens 100.000 Stellen allein in der Pflege. Bundesweit schreiben die Beschäftigten deshalb tagtäglich hunderte Überlastungsanzeigen.

Pflege im Minutentakt

Personal, das an seine Grenzen gelangt, ist auch in der Altenpflege die Regel. Pflegekräfte arbeiten unter großem Stress. Unter Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter Bezahlung leiden alle: das Pflegepersonal, die zu pflegenden Menschen und deren Angehörige. Pflege orientiert sich oft an starren Zeitvorgaben und Ablaufplänen, nicht an den Bedürfnissen der zu Pflegenden. Für aktivierende Pflege oder erhöhten Betreuungsaufwand bei Demenzkranken bleibt den Pflegekräften kaum Spielraum.

Personalmangel laugt die Beschäftigten aus

74 Prozent aller Pflegekräfte geben an, dass sie ihren Beruf bei den derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente ausüben können. Durch die politischen Rahmenbedingungen sind Bedingungen entstanden, die überdurchschnittlich oft krank machen. Um ihre Gesundheit nicht ganz zu ruinieren, "fliehen" viele aus dem Beruf, obwohl sie ihn eigentlich gerne ausüben.



Pflege ist weiblich

In den Kliniken arbeiten zu 70 Prozent Frauen, in der Altenpflege zu 80 Prozent, oft in Teilzeit. Obwohl Pflegearbeit für die gesamte Gesellschaft hochbedeutsam ist, erfährt sie als typische Frauenarbeit kaum Wertschätzung. Das zeigt sich nicht zuletzt in niedrigen Löhnen. Mehr Personal, gute Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung in Gesundheit und Pflege sind überfällig, im Interesse der Beschäftigten, der zu pflegenden Menschen und ihrer Angehörigen.

Wettbewerb und Kostendruck als Ursachen

Die Entscheidung, Krankenhäuser über Fallpauschalen in einen Wettbewerb untereinander zu setzen, hat fatale Auswirkungen. Fallpauschalen sind Preise für die Behandlung von Patientinnen und Patienten mit bestimmter Diagnose. Sie bilden nicht die Kosten für den individuellen Fall ab und orientieren sich nicht am medizinischen Bedarf, geschweige denn an menschlichen Bedürfnissen. Sie setzen Anreize zur Ausweitung lukrativer Behandlungen wie Knie- oder Hüft-OPs und zu Einsparungen beim größten Kostenblock – dem Personal. Auch die Altenpflege krankt an den Folgen des privaten Pflegemarktes: steigende Konkurrenz unter den Anbietern, Druck auf die Löhne, enorme Arbeitsverdichtung und fehlende Fachkräfte.

Bundesregierung verteilt Placebos

Die Bundesregierung setzt auf politische Medikamente ohne Wirkstoff. Das Mini-"Pflegestellen-Förderprogramm" von 2015 bringt keine Wende. Mit diesem Programm werden in den nächsten drei Jahren maximal 6.500 neue Stellen geschaffen – das sind im Durchschnitt nicht einmal vier Stellen pro Krankenhaus. Auch den Ausbau der Pflegeversicherung von einer Teilkasko- zu einer Vollversicherung, die das Pflegerisiko umfassend absichert, zieht die Bundesregierung nicht in Betracht. Die Hauptlast soll weiterhin von den Familien getragen werden – finanziell und als Angehörigenpflege. Gute und professionelle Pflege hängt damit immer stärker von den eigenen finanziellen Möglichkeiten ab. Eine echte Entlastung von Angehörigen und Pflegebedürftigen wäre es, die professionelle Pflege zu stärken.

Betriebliche und gesellschaftliche Kämpfe um bessere Bedingungen unterstützen

Die Gewerkschaft ver.di hat im letzten Juni mehr als 100.000 Beschäftigte gleichzeitig vor die Krankenhäuser mobilisiert. An der Berliner Charité wurde zum ersten Mal in einem deutschen Krankenhaus für mehr Personal gestreikt. Im Herbst sind Streiks in saarländischen Krankenhäusern geplant. Die Pflegekräfte sind nicht mehr bereit, die unerträglichen Bedingungen noch länger hinzunehmen. Das macht Mut. Denn nicht der Streik gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten, sondern der "Normalzustand" auf den Stationen.

Bundesweit beginnen Beschäftigte, durch betriebliche Auseinandersetzungen und Tarifverträge mehr Personal in den Krankenhäusern durchzusetzen. Letztendlich geht es darum, bundesweit verbindliche Vorgaben zur Personalbemessung durchzusetzen. Aber nur, wenn Beschäftigte in den Krankenhäusern für mehr Personal kämpfen und dabei öffentliche Unterstützung bekommen, kann ausreichend Druck auf die Bundesregierung aufgebaut werden.



Mehr Personal
für Bildung, Pflege
und Gesundheit!



Für gute Versorgung und mehr Personal in Gesundheit und Pflege

DIE LINKE kämpft in der Öffentlichkeit und im Bundestag an der Seite der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten. Wir wollen, dass alle Menschen im Krankenhaus und in der Altenpflege gut versorgt und gepflegt werden.

DIE LINKE fordert:

- eine gesetzliche Personalbemessung, um die Qualität der Arbeit und der Versorgung wirksam und schnell zu erhöhen. Dies hat DIE LINKE 2013 und 2015 im Bundestag beantragt. Sowohl die Schwarz-Gelbe Koalition (2013), als auch die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD (2015) haben abgelehnt.
- eine solide und verlässliche Krankenhauspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und den Druck von den Krankenhäusern nimmt. Die Fallpauschalen gehören abgeschafft.
- eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, die die Basis für eine solide Finanzierung, eine gute Versorgung und gute Bezahlung der Pflegekräfte schafft.
- Weitere Privatisierungen müssen verhindert und bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in nicht-profitorientierte Trägerschaft überführt werden.